

## **Tolerierungsvereinbarung**

### **zwischen der Partei und BVV-Fraktion DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf und den Zählergemeinschaftspartnern, der Partei und BVV-Fraktion der SPD Charlottenburg Wilmersdorf und der Partei und BVV-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf für die Wahl der Bezirksamtsmitglieder und vordringliche Arbeitsschwerpunkte in der V. Wahlperiode**

Die Mitglieder der BVV-Fraktion DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf werden für die V. Wahlperiode die von der Zählergemeinschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nominierten drei Kandidat\*innen für den Bezirksbürgermeister und das Bezirksamt wählen.

Partei und BVV-Fraktion DIE LINKE tolerieren die rot-grüne Zählergemeinschaft mit ihren in der Zählergemeinschaftsvereinbarung festgelegten politischen Schwerpunkten und Maßnahmen. Mit Priorität unterstützt DIE LINKE die Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter, eine Einstellungsoffensive im Bezirksamt, die Aufstellung eines Personalentwicklungskonzeptes, das Auflegen eines Fonds zur Ausübung des Vorkaufsrechts, den Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Sicherung von Transparenz und Bürgerbeteiligung u.a. durch frühzeitige Information der BVV zu Bauleitplanung und beantragten Befreiungen, die Weiterführung des Milieuschutzes und die Förderung der Inklusion und der Jugendbeteiligung.

Es bleibt den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE belassen, jeweils eigene Anträge in die Bezirksverordnetenversammlung einzubringen. Dabei wird vereinbart, dass sich die Tolerierungspartner vor der Einbringung eigener Initiativen gegenseitig rechtzeitig informieren.

An den Koordinierungsgesprächen der Zählergemeinschaft nehmen die zuständigen Vertreter\*innen der LINKEN teil.

Partei und BVV-Fraktion der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und Partei und BVV-Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf vereinbaren mit dem Bezirksverband und der BVV-Fraktion DIE LINKE folgende Punkte:

#### **1) Ausweisung Milieuschutzgebiet Klausenerplatz**

Zusätzlich zu den in der Zählergemeinschaftsvereinbarung vorgesehenen Milieuschutzgebieten soll umgehend begutachtet werden, ob der LOR (Lebensweltlicher Orientierungsraum) Klausenerplatz als Erhaltungsgebiet nach §172 (1) Pkt. 2 BauGB ausgewiesen werden kann. Um Aufwertungsmaßnahmen und Eigentumsumwandlungen kontrollieren und begrenzen zu können, sorgt der Bezirk schnellstmöglich für die erforderlichen Erhaltungssatzungen. Die angrenzenden LOR's sowie weitere Gebiete mit erheblichem Aufwertungspotential werden im von der rot-grünen Zählergemeinschaft beabsichtigten neuerlichen Screening-Verfahren mit Priorität geprüft. Hierzu vereinbaren die Fraktionen mit dem Bezirksamt einen nach Maßnahmen abgestuften Zeitplan.

#### **2) Zweckentfremdungsverbot**

Das Zweckentfremdungsverbot wird konsequent umgesetzt, Beschlagnahmungen werden geprüft und soweit erforderlich umgesetzt.

#### **3) Bezirksentwicklungsplan Soziale Infrastruktur**

In dieser Wahlperiode wird ein Bezirksentwicklungsplan Soziale Infrastruktur als Grundlage für die soziale Gestaltung des Bezirks aufgestellt. Dazu sollen Bezirksregionenprofile erstellt und der Bedarf an sozialer Infrastruktur wie Stadtteilmanagement, Jugendzentren, kulturelle Begegnungsräume, Kitas, Sozialarbeiter\*innen etc. ermittelt und in einem Umsetzungsplan die erforderlichen Maßnahmen abgebildet werden. Unabhängig davon ist dem aktuell wachsenden Bedarf in den Bereichen Kita, Sozialarbeit etc. gerecht zu werden.

#### **4) Verstärkung von Jugendbeteiligung und Jugendförderung**

Die Jugendförderung im Bezirk wird gestärkt. Hierfür wird ein Jugendförderplan entwickelt. Dabei sind unterschiedliche Instrumente wie ein selbstverwaltetes Jugendzentrum oder projektbezogene Arbeit zu prüfen. Im Bezirk wird zusätzlich ein Kinder- und Jugendbüro eingerichtet, das Kinder und Jugendliche niedrigschwellig über ihre Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten aufklärt und sie bei der Realisierung lokaler Projekte und Aktionen unterstützt.

Die Mitglieder der Zählgemeinschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen versichern ihrerseits die Unterstützung bei der Umsetzung dieser Vorhaben, soweit und sobald die finanziellen Grundlagen dafür gegeben sind.

Berlin, 14. November 2016

für DIE LINKE Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf

für DIE LINKE BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

für die SPD Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

für die SPD – BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

für Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

für Bündnis 90/Die Grünen BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf